

Konflikt ums Wasser : die Akteure Äthiopien, Ägypten und Sudan

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-977204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Konflikt ums Wasser – die Akteure Äthiopien, Ägypten und Sudan

In Äthiopien soll bald der grösste Staudamm Afrikas in Betrieb genommen werden, der «Grand Ethiopian Renaissance Dam» (GERD). Seit Jahren schwelt ein Streit zwischen Äthiopien und Ägypten wegen des Megaprojektes.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Für Äthiopien soll dieses historische Staudammprojekt einen grossen Schritt in der Elektrizitätsversorgung bringen, für Ägypten und den Sudan wären Dürren die Folge. Der ägyptische Präsident Abdel Fattah Al Sisi sprach Mitte Juli von einer «roten Linie» im Kontext des äthiopischen Staudamms und Ägyptens nationaler Sicherheit. Der Staudamm ist zu einer entscheidenden Frage der Sicherheitspolitik geworden.

Die Hintergründe

Äthiopien will mit diesem Jahrhundertprojekt Strom für seine wachsende Bevölkerung produzieren. Von den 110 Millionen Einwohnern hat aktuell über die Hälfte keinen Zugang zu Elektrizität. Der GERD ist im ostafrikanischen Äthiopien ein Symbol nationalen Stolzes, das den Menschen Entwicklung und mehr Wohlstand ver-

spricht. Der Bau dieses Staudamms begann im Jahr 2011 und ist nach äthiopischen Angaben mittlerweile zu 90 Prozent komplett. Äthiopien erklärt, der Bau des GERD sei existenziell für das Land und eine Angelegenheit nationaler Souveränität.

Ägypten wiederum fürchtet um seine Wasserversorgung. Mit seinen fast 100 Millionen Einwohnern ist das Land am Nil quasi vollständig von dieser Lebensquelle abhängig. Der Nil deckt etwa 90 Prozent des ägyptischen Wasserverbrauches. Die ägyptische Regierung befürchtet, dass der GERD die Wasserversorgung der rund 100 Millionen Ägypterinnen und Ägypter gefährden könnte. Der sogenannte Blaue Nil in Äthiopien ist der wichtigste Zufluss des längsten Stroms von Afrika. Er fliesst im Sudan mit dem Weissen Nil zusammen und von dort weiter Richtung Ägypten.

Im Falle von Dürreperioden könnte der Staudamm zu einer Reduktion der Wassermengen führen, die flussabwärts nach Ägypten gelangen. Daher spricht die ägyptische Regierung von einer existenziellen Bedrohung und fordert von Äthiopien Garantien bezüglich der Wassermenge, die nach Ägypten fliesst. Die GERD-Talsperre liegt flussaufwärts am Blauen Nil und würde die Wassermenge, die nach Ägypten weiterfliesst, massiv verringern. Je nachdem, wie schnell Äthiopien das Becken füllt, gehen ägyptische Berechnungen von 14 bis 22 Prozent weniger Wasser aus. Im Extremfall könnten 30 Prozent des Agrarlandes veröden. Ende Juni 2021 schaltete Ägypten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein, um eine «faire und ausgewogene Lösung» zu erreichen.

Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed, der im Jahr 2019 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, hat das Land Ende 2020, nach Auffassung der Süddeutschen Zeitung, in einen Bürgerkrieg gestürzt, bzw. diesen zumindest eskalieren lassen. Überall im Land verschärfen sich die Konflikte zwischen den Volksgruppen. Das Dammpjekt ist eines der wenigen Themen, auf die sich alle Äthio-



In Ägypten drohen Dürren.



Mit seinen fast 100 Millionen Einwohnern ist das Land am Nil quasi vollständig von der Lebensquelle Nil abhängig.



Präsident Asisi befürchtet, dass der GERD die Wasserversorgung der rund 100 Millionen Ägypterinnen und Ägypter gefährden könnte.

pier einigen können. Dass weiter am Staudamm gebaut werden soll, egal was Ägypten und Sudan dazu sagen, ist Konsens in Äthiopien.

Der 6000-Megawatt-Staudamm GERD soll den 60 Millionen Äthiopiern Elektrizität bringen, die bisher keinen Strom haben in diesem Land mit 100 Millionen Einwohnern. Der Stausee fasst insgesamt 74 Milliarden Kubikmeter, und 2020 wurden bereits knapp fünf Milliarden Kubikmeter aufgestaut. Dieses Jahr sollen 13,5 Milliarden dazukommen. Dies schlägt in Ägypten und im Sudan Alarm. Fast 85 Prozent des Wassers fliessen in den drei Regenmonaten durch den Blauen Nil. In guten Jahren insgesamt um die 100 Milliarden Kubikmeter, in extremen Dürrejahre sind es auch mal nur 30 Milliarden.

Der Konflikt ums Wasser zwischen Äthiopien, Ägypten und Sudan geht auf die Kolonialzeit zurück. 1929 schloss Grossbritannien im Namen seiner Kolonien am Nilwasserbecken ein Abkommen mit Ägypten über die Verteilung des Nilwassers. Ägypten erhielt unter anderem ein Vetorecht über Bauprojekte am Nil. Ägypten wie auch der Sudan erhielten Anspruch auf eine bestimmte Wassermenge aus dem Nil. Ägypten besteht auf seiner Wasserquote nach einem 1959 mit dem Sudan abgeschlossenen Abkommen. Nach Sudans Unabhängigkeit von Grossbritannien handelten Ägypten und Sudan 1959 ein neues Abkommen aus, das das Abkommen Grossbritanniens leicht an-



Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed hat das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt.

passte und erneut Äthiopien nicht mit einbezog. Äthiopien und andere flussaufwärts gelegene Länder versuchten später, ein neues Abkommen auszuhandeln, das ihre Interessen stärker berücksichtigte. Doch sie scheiterten am Widerstand Ägyptens und Sudans.

Äthiopien wirft Ägypten und dem Sudan heute vor, sie wollten an einem «kolonialen Erbe» festhalten. Nach diesem Abkommen führt der Nil – auf dem Papier – genau 84 Milliarden Kubikmeter Wasser pro Jahr. 18,5 Milliarden Kubikmeter davon gehen gemäss dem Abkommen an den Sudan, 55,5 Milliarden Kubikmeter an Ägypten, zehn Milliarden verdunsten und versickern. Äthiopien allerdings geht bei diesem Abkommen von 1959 leer aus, wurde gar nicht erst beteiligt und lehnt das Abkommen als koloniale Hinterlassenschaft ab.

Die Position der Republik Sudan

Zum einen könnte die Republik Sudan vom Staudamm profitieren, durch günstige Stromlieferungen und durch eine bessere Regulierung des Nilwassers, das im Sudan immer wieder auch zu Überschwemmungen geführt hat. Zum anderen teilt die sudanesisische Regierung zunehmend die ägyptischen Bedenken einer möglichen Wasserknappheit, vor allem, seit die äthiopische Regierung 2020 überraschend drei von vier Schleusen im unteren Bereich der Anlage schliessen liess, um das Reservoir schneller zu füllen. Flussabwärts führte das zu Problemen bei den

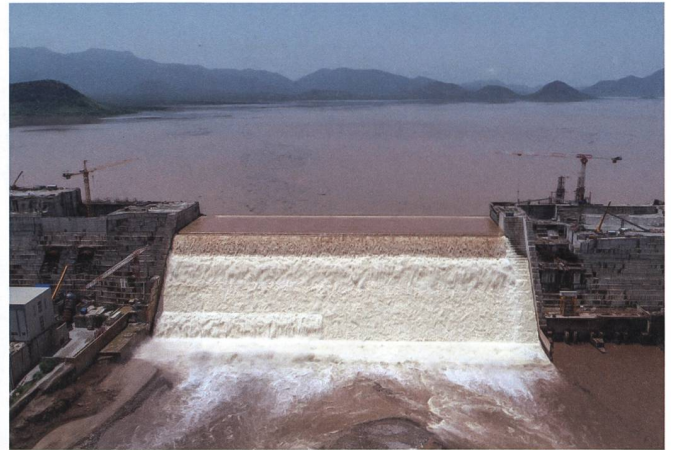
Pumpsystemen für Bewässerungsanlagen, die lokale Wasserversorgung im Sudan war unterbrochen. Gemeinsam mit Ägypten stellte der Sudan ein Ultimatum an Äthiopien für neue Verhandlungen.

Äthiopien hält den Bedenken Ägyptens und der Republik Sudan entgegen, dass in den kommenden Jahren viel Regen fallen werde und sieht auch für seine Nachbarn nur Vorteile. Bisher schwankt der Pegel des Nils im Sudan um bis zu acht Meter, fast jedes Jahr kommt es zu Überschwemmungen. Durch den Damm würde das ganze Jahr über gleich viel Wasser fliessen.

Dies sah auch die sudanesische Regierung lange so und stand im Konflikt zwischen Äthiopien und Ägypten auf der Seite Äthiopiens. General Abdel Fattah Al Burhan, der Chef der sudanesischen Regierung, warnte aber kürzlich vor einem Wasserkonflikt, «der schrecklicher sein würde, als man es sich vorstellen kann». Dieser Positionswechsel des Sudan hat damit zu tun, dass in der seit Mitte 2019 amtierenden Regierung Soldaten wie General Al Burhan starkes Gewicht haben und eine enge militärische Allianz mit Ägypten pflegen. Der Sudan hat den Bürgerkrieg in Äthiopien darüber hinaus dazu genutzt, umstrittene Gebiete entlang der Grenze zu besetzen.

Vom Konflikt zum Kampf?

Äthiopien lässt sich aber bisher nicht auf die künftig stromabwärts fliessenden Wassermengen und zeitlichen Fristen festlegen. Stattdessen werden Tatsachen geschaffen: Die im Juli begonnene Regensaison ist ein idealer Zeitpunkt, um das für gigantische 74 Milliarden Kubikmeter Wasser ausgelegte Staubecken zu befüllen. Die nilabwärts liegenden Anrainerstaaten Ägypten und Sudan sehen die Regenzeit mit grosser Sorge, schon sehr bald will der Staudammbauherr Äthiopien die ersten Stromturbinen der Talsperre testen. Äthiopien hofft, 4,9 Milliarden Kubikmeter Wasser während der Monate Juli und August aufzufangen. Das Volumen in dieser ersten Füllphase des massiven Beckens würde ausreichen, um Mitte 2021 die ersten beiden Turbinen zu starten. Bis der Stausee vollgelaufen ist, dürften weitere sieben Jahre vergehen, so dass die Talsperre voraussichtlich mit allen 16 Turbinen



Der Grand Ethiopian Renaissance Dam. Der Streit um seine Auswirkungen hat die Sicherheitslage in der Region beeinträchtigt.

2029 – mit fünf Jahren Verspätung – in Betrieb genommen werden könnte. Angesichts der unklaren Lage hat das ägyptische Aussenministerium Äthiopien im Juli zu einer offiziellen Erklärung aufgefordert, ob der Füllprozess bereits begonnen habe und wie die äthiopische Regierung weiter verfahren wolle.

Die flussabwärts gelegenen Länder Ägypten und Sudan sind besorgt, dass Äthiopien mit dem Aufstauen des Blauen Nils begonnen haben könnte, ohne zuvor eine Vereinbarung mit den auf das Wasser angewiesenen Staaten getroffen zu haben. Satellitenbilder dokumentieren bereits seit Ende Juni ansteigende Pegelstände. Verschiedene internationale Korrespondenten beobachteten im Juli vor Ort Indizien, die auf einen Beginn des Stauprozesses hindeuten. Die äthiopische Regierung hatte schon vor Monaten bekundet, ab Mitte Juli Wasser aufstauen zu wollen. Auch die jüngste Verhandlungsrunde ging ohne Einigung zu Ende. Der sich verschärfende Konflikt um den GERD – damit ums Wasser für Ägypten und Sudan – gilt Beobachtern inzwischen als Sicherheitsrisiko für die Region.

Nach Angaben von Dawid Wolde Giorgis vom Internationalen Institut für Sicherheit in Addis Abeba ist der Konflikt zwischen Ägypten und Äthiopien an einem kritischen Punkt angelangt: «Die aktuelle Situation sollte nicht nur den beiden Ländern überlassen werden. Das wird Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Region und in Afrika haben», sagt Giorgis im Juni 2021 in einem DW-Interview. Wenn die augenblickliche Konfrontation anhält, könne es zu Krieg in der

Region kommen, fürchtet Giorgis. «Der einzig gangbare Weg für beide Länder ist, eine Krisensitzung aller Nil-Staaten einzuberufen und gleichzeitig den Dialog mit den Staatshäusern der afrikanischen Länder zu führen.»

Bei den jüngsten Verhandlungsrunden im Frühjahr und Sommer 2021 lag der Fokus auf den rechtlichen Aspekten und dem Status eines Abkommens. «Ägypten und Sudan wollen absichern, dass eventuelle Streitigkeiten in dem geplanten Abkommen in internationalen Gerichtsverfahren entschieden werden – Äthiopien lehnt das ab», sagte William Davison, Äthiopien-Experte bei der International Crisis Group, im Juni der DW.

Die USA, die sich in der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Donald Trump zeitweise auf die Seite Ägypten geschlagen und Äthiopien Entwicklungshilfe gekürzt hatten, dringen zwar unter dem neuen Präsidenten Joe Biden weiter auf Verhandlungen, bekräftigen aber ihre Neutralität und haben auch noch nicht wieder eine Rolle als aktiver Vermittler eingenommen.

Ägypten will für die Zukunft so viele Details wie möglich in dem Vertrag festlegen. «Äthiopien dagegen versucht, das Abkommen so dynamisch wie möglich zu halten und nichts zu unterschreiben, was das Land an den Ablass von Mindestmengen bindet. Angesichts des Klimawandels, der diese Berechnungen negativ beeinflussen könnte, will Äthiopien am Ende nicht noch Wasser schulden», sagt der Äthiopien-Experte Davison in der DW.

Im Juni scheiterten Versuche, eine Einigung zu erzielen, auf die auch die Vereinten Nationen (UN) drängten. «Noch

offene technische und rechtliche Meinungsverschiedenheiten können mit politischem Willen überwunden werden», sagte die UN-Untersekretärin Rosemary DiCarlo Ende Juni. Mitte Juli fand unter Vermittlung der Afrikanischen Union (AU) ein Gipfeltreffen zur Beilegung des Streits statt, daran beteiligt waren auch Vertreter aus Kenia, Mali, Südafrika und der Demokratischen Republik Kongo.

Nach der Konferenz kündigten Ägypten, Äthiopien und Sudan an, die Gespräche fortzuführen, immerhin. Strittig sei zuletzt noch gewesen, was im Fall einer jahrelangen Dürre passieren wird und ob Ägypten eine Mindestmenge an Nilwasser garantiert werden soll. Äthiopien fürchtet, dass in Dürrejahren die Stromgewinnung eingestellt werden muss.

Dann würde rund der Hälfte der Bevölkerung Strom fehlen und Ägypten müsste auf geplante Einnahmen aus dem Stromexport verzichten.

Fazit

In Bezug auf die Frage «Droht eine militärische Eskalation?» muss festgestellt werden, dass die ägyptische Regierung wiederholt bekundet hat, dass «alle Optionen» offen stünden. Zwischen Äthiopien und dem Sudan gibt es bereits einen schwelenden Grenzkonflikt und die sudanesisische Regierung hat sich in den letzten Monaten auf die Seite Ägyptens geschlagen. Allerdings würden Militärschläge Ägyptens das äthiopische Staudammprojekt wohl höchstens noch verzögern, nicht aber stoppen, und gleichzeitig würde eine militärische Eskalation eine unberechenbare Destabilisierung der Region riskieren. +